

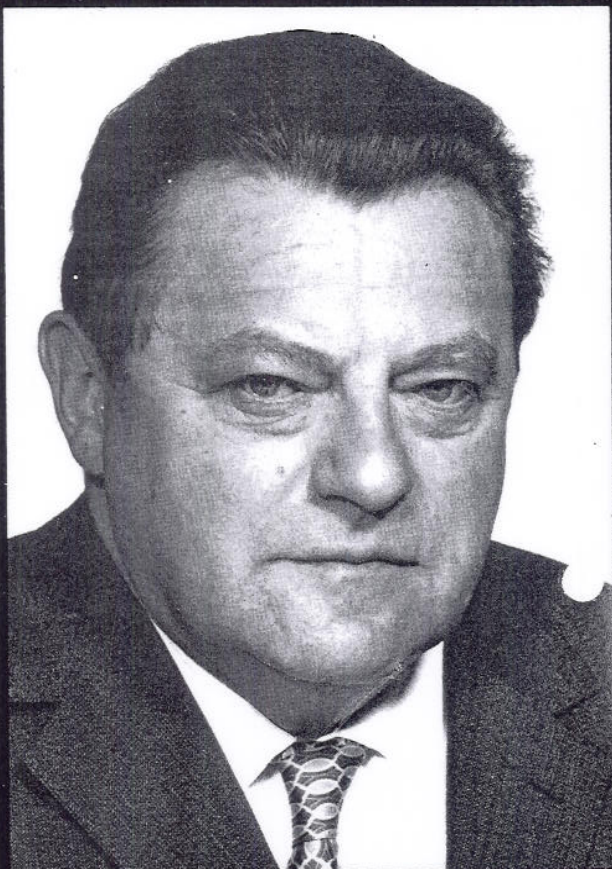
CSU

entschlossen
die zukunft sichern



Wahlkampfprogramm 1969

Verlag: CSU, München
Druck: Druckerei
CSU, München
Druck: Druckerei



„ Man entscheidet sich für die Christlich-Soziale Union, weil sie weiß, was für Bayern, für Deutschland und Europa möglich und nötig ist. „

Franz Josef Nimpf

Die politischen Führungsaufgaben der Zukunft

I. Sicherung des Friedens durch:

Recht und Gerechtigkeit als Ordnungsgrundsatz für inneren Frieden und gewaltloses Zusammenleben der Völker,

Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen, internationale Zusammenarbeit mit Ost und West in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft,

Verzicht auf Gewalt; Bereitschaft zur Verteidigung,

Reorganisation der Atlantischen Allianz auf der Grundlage echter Partnerschaft,

Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

II. Sicherung der Zukunft unseres Volkes durch:

Zusammenarbeit mit allen Völkern und wachsende wirtschaftliche Verflechtung mit allen Nationen,

weiblickende Forschungs- und Bildungsarbeit,

planmäßige Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes im Dienste der Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen,

klare, weitsichtige Zukunftsplanung in allen Bereichen.

III. Sicherung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts durch:

Vollbeschäftigung und Partnerschaft,

Währungsstabilität,

aktive Handels- und ausgeglichene Zahlungsbilanz, angemessenes Wirtschaftswachstum.

IV. Sicherung und Ausbau der freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland durch:

Wahrung des Rechtes,

klare Verantwortlichkeit aller Bürger, aller Gruppen und Verbände,

Schutz des Bürgers gegen Kriminalität,

entschlossene Abwehr aller Zerstörungsversuche von rechts und links

V. Sicherung der Freiheit des Menschen

gegenüber der Bedrohung durch kollektivistische, sozialistische und technokratische Entmündigung.

Ziel unserer Politik aus christlicher Verantwortung ist eine Gesellschaft mündiger Bürger, die ihre Freiheit auf Bildung, wirtschaftliche Sicherheit, Eigentum und verantwortliche Mitwirkung gründet.

Außenpolitik

Die CSU hat zusammen mit der CDU die Verantwortung für eine Außenpolitik getragen, die unsere Freiheit sicherte und uns zu Partnern der freien Völker machte. Sie diente dem Frieden.

Die CSU ist entschlossen,

den Frieden auch in Zukunft zu sichern durch eine nüchterne, realistische Politik der Zusammenarbeit, die sich an Recht, Freiheit und Selbstbestimmung orientiert.

Wir fordern:

- Fortsetzung unserer Friedenspolitik
- Stärkung der NATO als Grundlage dieser Friedenspolitik
- politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den ost- und süd-osteuropäischen Staaten ohne Aufgabe von Rechtspositionen
- Ablehnung der Breschnew-Doktrin von der geminderten Souveränität der Staaten des sozialistischen Lagers
- Wachsamkeit gegenüber dem kommunistischen Imperialismus
- kontrollierte Abrüstung unter der Voraussetzung, daß unser Land nicht einseitig geschwächt und benachteiligt wird
- Nichtverbreitung von Atomwaffen, jedoch Ablehnung des einseitig diskriminierenden, gegenwärtig vorliegenden Atomsperrvertrags
- Zusammenarbeit mit allen Staaten und Völkern der Dritten Welt, soweit sie nicht gegen lebenswichtige deutsche Interessen handeln
- eine Entwicklungshilfe, die dem Frieden dient, den Aufbau freiheitlicher Gesellschafts- und Staatsordnungen fördert und den beteiligten Volkswirtschaften nützt
- Leistung des notwendigen Verteidigungsbeitrages durch modernste Ausbildung und Ausrüstung der Bundeswehr
- europäische Friedensordnung durch die politische Union der europäischen Staaten

Europapolitik

Die CSU setzte sich als erste Partei für eine zielbewußte Politik der europäischen Einigung ein. Sie schuf mit der CDU die ersten Fundamente für einen europäischen Bundesstaat.

Wir fordern:

- die politische Gemeinschaft der Länder Europas, die jedem beitragswilligen und beitragsfähigen Lande offenstehen muß
- Schaffung eines europäischen Parlaments, das aus freien und direkten Wahlen hervorgeht und echte politische Funktionen ausübt
- Schaffung zentraler europäischer Regierungsinstanzen

Auf dem Wege dazu sind zu verwirklichen:

- gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik
- gemeinsame Konjunkturpolitik
- gemeinsame Währungspolitik
- Harmonisierung der Sozialpolitik
- Angleichung des Wirtschaftsrechtes
- gemeinsame Verkehrspolitik
- gemeinsame Energiepolitik
- gemeinsame Strukturpolitik in allen Wirtschaftsbereichen
- gemeinsame Politik in der wissenschaftlichen Großforschung und der technischen Entwicklung

Die CSU ist entschlossen,

alles daranzusetzen, das Werk der europäischen Einigung zu vollenden.

Wir fordern:

- die Lösung der Frage der deutschen Einheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung

Deutschlandpolitik

Die CSU trat von Anfang an für eine Politik ein, die für alle Deutschen die freie Selbstbestimmung ihres politischen Schicksals gewinnen soll. Ihr Ministerpräsident Dr. Hans Ehard berief 1947 die erste – und leider bisher einzige – Konferenz aller deutschen Regierungschefs nach München ein, um die Frage der politischen Zukunft Deutschlands gemeinsam zu lösen.

Die CSU ist entschlossen,

Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen als entscheidenden Grundsatz ihrer Politik weiter zu verfolgen. Sie unterstützt jede politische Aktion, die der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Entscheidungsrecht aller Deutschen dient.

Wir fordern:

- Ablehnung jeder Gewaltanwendung zur Änderung gegebener Zustände oder zur Durchsetzung politischer Ziele
- Bereitschaft zum Gespräch zur Regelung von Fragen des täglichen Lebens zwischen den beiden Teilen Deutschlands und für ein friedliches Miteinanderauskommen
- Ablehnung der Anerkennung der Sowjetisch Besetzten Zone als zweiten deutschen Staat
- Klarstellung, daß die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates eine Leugnung des Selbstbestimmungsrechtes und einen unfreundlichen Akt gegen die deutsche Nation beinhaltet
- Bereitschaft zur endgültigen Bereinigung der Vergangenheit auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes
- Bejahung des individuellen Rechtes auf Freiheit und Heimat und des nationalen Rechtes auf Selbstbestimmung und Souveränität; Ablehnung einseitiger Verzicht

Demokratie in Deutschland

Die CSU hat am Aufbau der freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung in Bayern und in der Bundesrepublik entscheidend und verantwortlich mitgewirkt.

Die CSU ist entschlossen,

die Demokratie in einem föderativ gegliederten Deutschland zu festigen und weiter zu entwickeln. Ihr Ziel ist eine Gesellschaft mündiger Bürger, die ihre Freiheit auf Bildung, wirtschaftliche Sicherheit und verantwortliche Mitwirkung gründet.

Wir fordern:

- Reform des Wahlrechtes zugunsten klarer Mehrheitsbildung und klarer Verantwortlichkeit
- Reform des Parlaments zusammen mit der Verlängerung der Legislaturperiode
- übersichtliche Gliederung der Bundesregierung mit dem Ziel der Verminderung der Ministerien; Unterstellung einzelner Sachbereiche unter parlamentarische Staatssekretäre, insbesondere bei großen Ressorts
- Sicherung der Rechte und des gesellschaftlichen Ansehens aller in der Bundeswehr Dienenden, insbesondere Verwirklichung der Wehrgerechtigkeit
- ein Verbandsgesetz, das Recht und Pflichten aller Großverbände festlegt und sie zur Offenlegung ihrer Tätigkeit und Finanzen verpflichtet
- ein Pressegesetz, das die Freiheit der Presse, aber auch das Recht des Bürgers auf vollständige und wahrheitsgemäße Information sowie den Ehrenschatz des einzelnen sichert
- Objektivität, Ausgewogenheit und gegenseitige Achtung, das Recht auf Gegendarstellung sowie die Verhinderung von Meinungsmonopolen in Funk und Fernsehen
- Reform der Verwaltung durch Schaffung klarer Kompetenzen, eindeutig abgegrenzte Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen und Einsatz aller modernen technischen und organisatorischen Mittel

Demokratie in Deutschland

- Verwirklichung echter Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern durch verantwortliche Mitgestaltung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in allen Bereichen und Fragen betrieblichen Lebens, die gemeinsames Handeln und gemeinsame Verantwortung zulassen
- gesellschaftliche Integration der Arbeitnehmer auch im Bereich der sozialen und überbetrieblichen Mitverantwortung

Innerer Friede

Die CSU trug Regierungsverantwortung in 20 Jahren des inneren Friedens, einer Zeit der gegenseitigen Achtung und Toleranz, der Freiheit für alle Bekenntnisse und Weltanschauungen, der Wahrung von Recht und Ordnung, der fairen demokratischen Auseinandersetzung.

Wir fordern:

- Sicherung der Rechte und Freiheiten des Bürgers und der Gesellschaft gegenüber Terror radikaler Gruppen
- Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre gegenüber einseitiger Politisierung
- Sicherung des Rechtes aller politischen und weltanschaulichen Gruppen, soweit sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sich in den öffentlich-rechtlichen Medien darzustellen
- Schutz des Bürgers durch verstärkten Kampf gegen die Kriminalität
- Beendigung der Aufweichung in der Strafgesetzgebung, insbesondere bei Sexual- und Gewaltverbrechen und Schutz vor Wiederholungstätern
- Sicherung und Stärkung der Funktionsfähigkeit der staatlichen Ordnungskräfte und Verhinderung illegaler Gewaltanwendung

Die CSU ist entschlossen,

den inneren Frieden auf der Grundlage einer demokratischen, freien, rechtsgebundenen Ordnung für die Zukunft zu sichern.

Stabilität und Wachstum

Die CSU hat zusammen mit der CDU die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt und verwirklicht; diese bleibt untrennbar mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden. Durch sie wurde die Bundesrepublik eine der führenden Industrienationen.

Die CSU ist entschlossen,

Vollbeschäftigung, Stabilität der Währung, eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und angemessenes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Soziale Sicherheit, steigender Wohlstand und die Möglichkeit der Vermögensbildung für alle sind die Ziele moderner Konjunkturpolitik und gezielter Strukturpolitik.

Wir fordern:

- Sicherung der Währungs- und Preisstabilität durch Fortführung einer konjunkturgerechten Haushaltspolitik der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Gemeinden
- einen klaren Vorrang bei der Verwendung öffentlicher Mittel für Wachstums- und investitionsfördernde Ausgaben
- den zielsicheren Einsatz der Finanzpolitik zur Schaffung zukunftsgerichteter Infrastruktur, die den geistigen und materiellen Anforderungen von morgen gerecht wird
- Stärkung des Wettbewerbs und Ablehnung dirigistischer Eingriffe
- leistungsanreizende, sozial gerechte und verwaltungsmäßig einfache Steuerpolitik
- Sicherung der Arbeitsplätze durch weit-sichtige Konjunkturpolitik und Ansiedlung von Gewerbebetrieben in wirtschaftlich schwachen Gebieten
- sinnvolle Raumordnung und Landesplanung, die eine ausgewogene Entwicklung in Stadt und Land sichert und gleiche Lebens-, Einkommens- und Bildungsvoraussetzungen schafft
- Sicherung einer gesunden und dem Menschen dienenden Entwicklung der Großstädte
- Erhaltung einer ausgewogenen Gliederung unserer Wirtschaft in Klein-, Mittel- und Großbetrieben

Stabilität und Wachstum

- Sicherung von Existenz und Wachstum der Klein- und Mittelbetriebe durch Information, Beratung und Anpassungshilfe, Neutralität der Steuerpolitik und Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs
- systematische Förderung der Forschung durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft und Nutzbarmachung ihrer Ergebnisse für alle

Landwirtschaft

Die CSU stand in ihrer gesamten bisherigen Politik zu dem Grundsatz, daß die Landwirtschaft ein lebenswichtiger Bestandteil unserer Volkswirtschaft ist. Über die Produktion von Nahrungsgütern hinaus ist sie für die Erhaltung der Kulturlandschaft unentbehrlich.

Die CSU ist entschlossen,

die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlich geprägten deutschen Landwirtschaft weiter auszubauen, ihre Existenz in den unterschiedlichen Formen der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe zu sichern und der allgemeinen Einkommensentwicklung anzupassen.

Wir fordern:

- die Vollendung der Europäischen Gemeinschaft als Wirtschafts- und Währungsunion, um auch die volle Funktionsfähigkeit des Gemeinsamen Agrarmarktes zu sichern
- die Herstellung und Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Partner der EWG durch Angleichung des Verkehrs-, Veterinär-, Lebensmittel-, Hygiene- und Steuerrechts
- eine Markt-, Preis- und Handelspolitik in der EWG, die den Schutz gegenüber den manipulierten Weltagrarmärkten gewährleistet
- eine Markt- und Preispolitik, die den bäuerlichen Betrieben ein angemessenes Einkommen sichert und das Gleichgewicht auf den EWG-Überschußmärkten bei einem angemessenen Marktanteil der deutschen Landwirtschaft herstellt
- den Ausbau der Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherheit der in der Landwirtschaft Tätigen auf dem Gebiet der Alters- und Gesundheitsvorsorge
- verstärkte Maßnahmen der Regional- und Raumordnungspolitik mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Struktur des ländlichen Raumes. Mehr Dauerarbeitsplätze, höheres Bildungsangebot, Anschluß an den modernen Straßen-, Bahn- und Flugverkehr
- die Ablehnung der im „Mansholt-Memorandum zur Landwirtschaft 1980“ enthaltenen Vorschläge zur Preispolitik und zu den Betriebsgrößen

Landwirtschaft

- die Förderung neuzeitlicher Betriebs- und Unternehmensformen sowie überbetrieblicher Zusammenarbeit
- die Durchführung und den Ausbau des Agrarprogramms der Bundesregierung und des Programms der bayerischen Staatsregierung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande
- die Verbesserung der mittelfristigen Finanzplanung zur Unterstützung des notwendigen Anpassungsprozesses

Soziale Sicherheit

Die CSU trägt als Regierungspartei seit 20 Jahren die Verantwortung für das fortschrittlichste und leistungsfähigste System sozialer Sicherung.

Die CSU ist entschlossen,

durch ihre moderne Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung eine gerechte, dem Menschen dienende und seine Freiheit stärkende Existenzsicherung zu erreichen, die allen Bevölkerungsteilen zugute kommt.

Wir fordern:

- Eigentumsbildung durch breite Streuung des Vermögenswachstums, insbesondere für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen
- weitere Privatisierung von Vermögen der öffentlichen Hand
- Förderung des Baues familiengerechter Wohnungen und Verbesserung des Wohngeldes
- Schutz und Förderung der Familie und Verbesserung des Familienlastenausgleichs
- Reform und Verstärkung der Wohnungsbauförderung zugunsten von Eigentumsbildung in der Hand des Bürgers
- weiteren Ausbau der Gesundheitsvorsorge, insbesondere gegen Krebs- und Kreislauferkrankungen
- intensive Förderung des Breitensports für alle Altersgruppen
- weiteren Ausbau der Arbeits- und Sozialmedizin
- besondere Berücksichtigung der körperlich und geistig Behinderten in allen Fragen der sozialen Sicherung
- Verbesserung der Ausbildung in den Sozial- und Heilberufen und Förderung des freiwilligen Sozialjahres
- Neuerrichtung von Krankenhäusern, insbesondere von Pflegekrankenhäusern
- Sicherung der freien Arztwahl

Soziale Sicherheit

- weiteren Ausbau der gesellschaftlichen
Vorsorge für die älteren Mitbürger und
Sicherung der bruttolohnbezogenen dy-
namischen Renten
- Errichtung weiterer Altenwohnungen und
Altersheime, die den Lebensbedürfnis-
sen der älteren Menschen entsprechen
- Verbesserung des Instrumentariums der
Arbeitsmarktpolitik, um die strukturellen,
konjunkturellen und sektoralen Entwick-
lungen auf dem Arbeitsmarkt wirksam
steuern zu können
- strukturelle Verbesserungen der Arbeits-
und Berufswelt, die den Frauen gleiche
Berufs- und Aufstiegschancen bieten
und den besonderen Belastungen der
Frau gerecht werden
- ausreichende Existenzsicherung durch
gemeinsame Maßnahmen in Bund und
Land bei Ausbildung, Fortbildung und
Umschulung
- Förderung freier und eigenverantwort-
licher Jugendarbeit im außerschulischen
Bereich

Wissenschaft und Technik

Die CSU erkannte rechtzeitig die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Wir fordern:

- Investitionen für Wissenschaft und Forschung als Schwerpunkt langjähriger Finanzplanung mit weiterhin hohen jährlichen Zuwachsraten
- wirksame Zusammenarbeit von Staat, Hochschulen und Wirtschaft in Grundlagen- und Einzelforschung
- internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Forschung und der technischen Entwicklung mit Schwerpunkten für europäische und nationale Projekte
- Nutzung aller Ergebnisse medizinischer, naturwissenschaftlicher und psychologischer Forschung für jeden Bürger, unabhängig von seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung im Interesse der Gesundheit

Die CSU ist entschlossen,

alle technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen zu nutzen. Sie wird Technik und Forschung in den Dienst des Menschen stellen, jedoch eine technokratische Entmündigung des Menschen verhindern.

Zukunftsplanung

Die CSU war sich von Anfang an ihrer Verantwortung für das geschichtliche Erbe bewußt. Sie bejahte alle Reformen, die dem Fortschritt dienen, ohne die gewachsenen und bewährten Grundlagen unseres Lebens zu zerstören.

Die CSU ist entschlossen,

durch eine weitsichtige, verantwortungsbewußte Zukunftsplanung dem Fortschritt zu dienen, jedoch jeder Zerstörung der Werte entgegenzutreten, die auch in Zukunft unser Leben lebenswert machen.

Wir fordern:

- eine weitsichtige Städteplanung und Raumordnung, die einerseits alle modernen technischen Möglichkeiten für den Menschen erschließen, andererseits aber Kulturlandschaft und gewachsene Strukturen lebendig erhalten
- eine weitsichtige Städteplanung und Raumordnung, die einzelne Planungsbe-
reiche nicht gesondert behandelt, sondern in ihrer Funktion für Bayern und die Bundesrepublik sieht
- geeignete steuerliche, finanzpolitische und verwaltungstechnische Maßnahmen, um das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen auch auf dem Lande und in kleineren Städten zu verbessern, so daß die Siedlungsstruktur in ihrer Vielfalt erhalten bleiben kann
- bei aller Nutzung der technischen Möglichkeiten darf die Gestaltung der Städte und der Landschaften nicht allein einer uniformen Zweckmäßigkeit unterworfen werden, sondern muß Vielschichtigkeit und Pluralität der Bevölkerung sowie die Lebendigkeit der Geschichte berücksichtigen

Grundlage der Politik der CSU ist und bleibt die
Verpflichtung gegenüber dem Menschen als Eben-
bild Gottes.

Diese Verpflichtung bestimmt Grundsätze und Leit-
linien ihrer Politik

für die Gestaltung von Staat und Gesell-
schaft

für die Verwirklichung übernationaler
Zusammenschlüsse

für die Mitarbeit in internationalen
Organisationen

für die Gestaltung der Beziehungen zu allen
Völkern der Welt